

Verwaltung digitalisieren

IHK-Positionen zur Bundestagswahl 2017

Auf einen Blick

Auf ihrer jüngsten Klausurtagung hat die Bundesregierung betont: Die deutsche Verwaltung muss digitaler werden. Heute landet Deutschland in internationalen Vergleichen zur Verwaltungsdigitalisierung regelmäßig auf hinteren Plätzen. Dabei besitzt der systematische und flächendeckende Aufbau von E-Government-Angeboten erhebliches Effizienzpotenzial für Wirtschaft und Verwaltung – insbesondere, da Unternehmen durchschnittlich einhundert Mal so viele Behördenkontakte haben wie Bürger.

Die Politik sollte bei der Digitalisierung der Verwaltung insbesondere folgende Aspekte beachten:

- E-Government-Angebote müssen deutlich stärker auf die Wirtschaft zugeschnitten werden.
- Föderalen Flickenteppich abschaffen: Ein Bundesdigitalisierungsplan sollte die Maßnahmen der verschiedenen Ebenen miteinander verzahnen.
- Servicekonten und Organisationszertifikate für Unternehmen einführen: Unternehmen benötigen einen einheitlichen Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen.

Föderalen Flickenteppich abschaffen

Kompetenzdurcheinander brems die Digitalisierung der Verwaltung

Derzeit können Unternehmen in manchen Bundesländern digital mit der Verwaltung interagieren, in anderen hingegen nicht oder nur in völlig unterschiedlichen Verfahren. Die Technologien und rechtlichen Regelungen auf Länder- und Kommunalebene sollten in enger Abstimmung erarbeitet und eingeführt werden. Dies kann nur gelingen, wenn der IT-Planungsrat finanziell, personell und in seinen Befugnissen gestärkt wird.

Bundesdigitalisierungsplan: Digitale Verwaltung abgestimmt voranbringen

Die jüngsten Gutachten des Nationalen Normenkontrollrats zu E-Government in Deutschland belegen: Es ist genug Geld im System vorhanden. Es wird lediglich ineffizient verwendet. Die Maßnahmen, die bereits heute umgesetzt werden, bleiben unkoordiniert. Jedes Bundesland, teilweise auch die kommunalen Ebenen, planen und entwickeln nebeneinander her. Wie beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur über den Bundesverkehrswegeplan sollten die Digitalisierungsvorhaben mittelfristig in einem Bundesdigitalisierungsplan definiert und umgesetzt werden.

Stimme der Wirtschaft



Seien es interne Vorgänge oder der Kontakt mit Kunden und Lieferanten: Der Alltag vieler Unternehmen spielt sich digital ab. Wieso ich als Unternehmer mit der Verwaltung nur in wenigen Verfahren digital interagieren kann, ist mir ein Rätsel. Deutschland hat hier noch einiges vor sich!

Alexander Erb, vertretungsberechtigter Gesellschafter, Finest Trachten GbR, Gröbenzell-Markt Indersdorf

Forderungen



- Kompetenzen bündeln
- IT-Planungsrat stärken
- Bundesdigitalisierungsplan entwickeln

Beurteilung der digitalen Verwaltungsv erfahren

Zufriedenheit der Unternehmen mit digitalen Verwaltungsv erfahren in ihrem Landkreis (Auswahl), Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht)

	ZUFRIEDENHEIT	BEDEUTUNG
Rosenheim Stadt	2,7	2,4
München Kreis	2,8	2,3
München Stadt	3,0	2,1
Mühldorf am Inn	3,0	2,1
Garmisch-Partenk.	3,4	2,1

Quelle: Standortumfrage der IHK für München und Oberbayern 2015

Servicekonten und Organisationszertifikate für Unternehmen einführen

Zentrale Plattform für Unternehmen schaffen

Länderportale wie das BayernPortal sind grundsätzlich die richtigen Instrumente, um behördliche Informationen und Verfahren zentral auffinden und abwickeln zu können. Die Möglichkeiten für Unternehmen sind jedoch überschaubar. Angebote für die Wirtschaft sollten schnell und konsequent ausgebaut werden.

Natürliche Personen können sich im BayernPortal über einen Bürgerausweis eindeutig identifiziert anmelden und Verfahren abwickeln. Für Unternehmen fehlt eine entsprechende Möglichkeit. Ein Servicekonto, über das Unternehmen ihre Behördenkontakte orts- und zeitunabhängig umsetzen können, muss eingerichtet werden. Die Authentifizierungsdaten sollten interoperabel in verschiedenen Verwaltungsportalen wiederverwendbar sein.

Identifizierung für Unternehmen: Das Organisationszertifikat

So wie sich natürliche Personen heute mit dem neuen Personalausweis online ausweisen können, muss auch für juristische Personen die Möglichkeit zur eindeutigen Identifikation geboten werden. Dazu bedarf es eines Organisationszertifikats für Unternehmen.

Dabei kann auf bereits verfügbaren Lösungen aufgebaut werden: Das Authentifizierungsverfahren AUTHEGA bietet sich hierfür an. Mit ELSTER ist ein ähnliches System bereits etabliert und bekannt. Eine kostengünstige und aufwandsarme Übernahme dieser Zertifikatslösung als Standard in eine bundesweite Nutzung sollte angestrebt werden.

Datenaustausch automatisieren

Obgleich bei Unternehmen mit ihren durchschnittlich 130 Behördenkontakten pro Jahr deutliches Effizienzpotenzial liegt, fehlt ihnen bislang oft die Möglichkeit, diese Kontakte zur öffentlichen Verwaltung (teil-)automatisiert durchzuführen. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen Meldepflichten. Hier gilt es, Wirtschaft und Verwaltung stärker digital zu verzahnen, damit die einmal im Unternehmen erfassten Daten für verschiedene Verwaltungsverfahren verwendet werden können. Ein viel versprechendes Instrument dafür ist P23R. Um effektiv wirken zu können, muss der Standard allerdings in deutlich mehr Behörden genutzt werden.

Forderungen



- Zentralen Zugang zur Verwaltung schaffen
- Unternehmen müssen sich digital identifizieren können
- P23R: Kontakt mit der Verwaltung minimieren

Verwandte Themen




- Bürokratie abbauen
- Digitalisierung
- Unternehmensgründung

Ansprechpartner:

Franziska Neuberger ☎ 089 5116-0
Bernd Männel ☎ 089 5116-0

@neuberger@muenchen.ihk.de
@maennel@muenchen.ihk.de



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter
 ihk-muenchen.de